

Bioware schmeckt nicht besser

„Test“ vergleicht Lebensmittel

BERLIN (AFP). Die Qualität von Bio- sowie von konventionellen Lebensmitteln hat sich nach Angaben der Stiftung Warentest insgesamt verbessert. Bio sei aber nicht automatisch besser, heißt es in einem am Mittwoch veröffentlichten Vorabbericht aus der Dezember-Ausgabe des neuen *Test*-Magazins. Bei der Qualität sowie bei Aussehen, Geruch und Geschmack steht es demnach zwischen Bio- und herkömmlicher Kost unentschieden. Bei blinden Verkostungen hätten Biowaren nicht besser abgeschnitten als andere.

Die Stiftung Warentest verglich 1020 herkömmliche Lebensmittel mit 217 Bio-Produkten. In beiden Gruppen bekamen die getesteten Produkte laut *Test* häufiger „gute“ und „befriedigende“ Gesamturteile und weniger „ausreichende“ oder „mangelhafte“ als in früheren Tests.

Was die Belastung mit Pflanzenschutzmitteln angeht, sei Bioobst und -gemüse „mit Abstand am saubersten“, erklären die Tester. Vor Schadstoffen gefeit seien sie jedoch nicht. In schwarzem und grünem Tee und in Leinöl aus dem Bioladen seien sogar potenziell krebserregende Substanzen gefunden worden. Bei getesteten Bio-Nudeln sei der Höchstgehalt für ein Schimmelpilzgift überschritten worden und in Bio-Sonnenblumenöl seien kritische Mineralöle nachgewiesen worden.

Die Stärke von Bioprodukten liegt den Testern zufolge bei der Transparenz. So würden Bioanbieter ihre Lieferanten gut kennen und sich mehr für das Tierwohl einsetzen, auch wenn im Biosektor industrielle Großbetriebe entstanden seien, wie zum Beispiel für Legehennen. Insgesamt sei Biofleisch für Tierfreunde die bessere Wahl. Dafür müssten sie aber auch deutlich mehr bezahlen.

LOB & PREIS

Südbadener geehrt

Für ihre besonderen Verdienste um Wirtschaft und Beschäftigung in Baden-Württemberg hat Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid die Wirtschaftsmedaille des Landes an mehrere Südbadener verliehen. So nahm Gerhard Ernst Juchheim aus Seelbach die Auszeichnung im Empfang. Er hat das Unternehmen Julabo gegründet, das Laborgeräte herstellt. Die Medaille erhielt auch Klaus Keßner aus Grenzach-Wyhlen, der beim Chemieproduzent DSM als Betriebsratsvorsitzender die Interessen der Belegschaft vertritt. Eine weitere Medaille ging an die Unternehmerin Gabriele Siedle aus Furtwangen. *bkr*



Aufforsten ist eine Möglichkeit, Kohlendioxid zu speichern.

FOTO: DPA

Kungelei wegen Lux-Leaks im EU-Parlament

Neuer Ausschuss statt Klärung

Von Daniela Weingärtner

BRÜSSEL. Die Aussicht, dass der sogenannte Lux-Leaks-Skandal um Steuervergünstigungen für große Konzerne aufgeklärt wird, schwinden. Denn Dienstagabend hatten sich Konservative und Liberale im Europaparlament auf Anregung der SPD-Fraktion geeinigt, die Frage zu den Akten zu legen, welche Rolle Kommissionspräsident Juncker (CDU) und Eurogruppenchef Dijsselbloem (SPD) bei den Steuerdeals spielten.

Nun soll ein neuer Ausschuss eingesetzt werden, der sich nur noch allgemein mit dem Thema Steuervermeidung befasst. Juncker war viele Jahre Finanzminister und Regierungschef von Luxemburg, Dijsselbloem ist bis heute Finanzminister der Niederlande. Beide beteuern, von einer Vorzugsbehandlung großer Unternehmen durch die Steuerbehörden ihrer Länder keine Kenntnis gehabt zu haben. Aufschluss könnten Protokolle aus den Ratssitzungen der EU-Finanzminister bringen. Doch die rückte der Rat trotz Aufforderung bisher nicht heraus.

Kritik am Vorgehen kommt von allen Seiten

Grüne, Linke und der CSU-Abgeordnete Markus Ferber hatten von Anfang an statt des Sonderausschusses einen Untersuchungsausschuss bilden wollen. Der hätte das Recht gehabt, Zeugen vorzuladen und die Herausgabe von Dokumenten zu verlangen. Dass nun die Frage, wer politisch für die Kungelei Verantwortung trägt, überhaupt nicht mehr geklärt werden soll, ärgert den Abgeordneten Ferber ganz besonders. „Das ist gegen alle Absprachen, die wir am Montag getroffen haben“, sagte er der Badischen Zeitung. „Ich fühle mich veräppelt.“ Statt den Prüfauftrag einzuschränken, sieht Ferber viel weitergehenden Aufklärungsbedarf. „Ich hätte gern das Thema Mehrwertsteuerbetrag auch noch behandelt. Dadurch entgehen den Mitgliedsstaaten und vor allem dem EU-Budget jedes Jahr Milliarden.“

Der grüne Steuerexperte Sven Giegold kritisierte die Hinterzimmerabsprache. Hinter diesem Schachzug stecke der Präsident des Europaparlaments, der Sozialdemokrat Martin Schulz. Mehrere Abgeordnete äußerten die Vermutung, Schulz habe seinem Freund Juncker und seinem Parteifreund Dijsselbloem weitere peinliche Befragungen ersparen wollen. Der liberale Abgeordnete Michael Theurer erklärte der Badischen Zeitung, er habe schon früher von der „großen Koalition der Vertuscher“ gesprochen. Er habe den Eindruck, „dass es von den Fraktionsspitzen das Bestreben gab, Juncker und Dijsselbloem zu schützen.“

Das Klimagas einfangen

Aufforsten, Auffangen und Speichern: So kann man Kohlendioxid aus der Atmosphäre holen

Von Christian Mihatsch

CHIANG MAI. Vor Beginn der industriellen Revolution lag die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre bei 280 ppm (parts per million – Teile pro eine Million). Heute kommen 400 Kohlendioxid-Moleküle auf eine Million Luftteilchen – und es werden immer mehr. Daher müssen der Atmosphäre Kohlendioxid-Moleküle mittels „negativer Emissionen“ entzogen werden.

167 Länder haben mittlerweile beim UN-Klimasekretariat eine Selbstverpflichtung zum Klimaschutz hinterlegt. Dies gilt als erster Erfolg der UN-Klimakonferenz in Paris, bevor diese angefangen hat. Doch die Klimapläne der Länder reichen nicht aus, um die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Das ist die Erwärmung, die Fachleute noch für beherrschbar halten. Wenn die Länder nicht anspruchsvollere Pläne entwickeln, wird sich das Klima bis zum Jahr 2100 um 2,7 Grad erwärmen. Damit drohen Kippunkte erreicht zu werden, wie das Auftauen des Permafrostbodens im Norden, wodurch sich der Klimawandel selbst verstärken würde.

Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, müssen die Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf null sinken und dann darunter. Der Atmosphäre muss also Kohlendioxid entzogen werden. Die Fachleute sprechen von negativen Emissionen. Eine aktuelle Studie aus dem Wissenschaftsmagazin *Nature* schätzt, dass der Atmosphäre jährlich zwischen knapp zwei und elf Milliarden Tonnen Kohlendioxid entzogen werden müssen, um das Zwei-Grad-Ziel nicht zu verfehlen.

Die Idee negativer Emissionen wirkt auf den ersten Blick verwegen, doch es

gibt bereits Technologien mit großem Potenzial. Der naheliegendste Weg ist das Aufforsten. Dies wird bereits in vielen Ländern getan, etwa in China oder der Türkei. Auch Indien plant großflächiges (Wieder-)Aufforsten. Bäume speichern Kohlendioxid aber nicht permanent. Wenn sie verrotten, wird ein Großteil wieder freigesetzt.

Es gibt jedoch zwei Möglichkeiten, dies zu verhindern: Zum einen lässt sich aus Holz Holzkohle herstellen. Wenn man diese Kohle nun nicht verbrennt, sondern dem Boden beimischt, ist das Kohlendioxid für Tausende von Jahren im Boden gebunden. Diese Kohledüngung hat zudem weitere Vorteile: Der Boden kann Wasser und Nährstoffe besser zurückhal-

ten und filtern. Je nach Bodentyp verbessern sich auch die Erträge. Die Kohledüngung hat eine lange Geschichte. Zwischen 500 vor bis 1000 nach Christus haben Indianer im Amazonasgebiet den Boden systematisch mit Kohle angereichert, die indianische Schwarzerde.

Das Potenzial, Kohlendioxid-Belastung der Atmosphäre durch Kohledüngung zu reduzieren, liegt bei knapp zwei Milliarden Tonnen pro Jahr bei Kosten zwischen 0 und 135 Euro pro Tonne Kohlendioxid. Bei der Herstellung von Kohle fallen zudem Bioöl und Biogas an. Bei der Kohleherstellung wird damit deutlich mehr Energie gewonnen als eingesetzt wird.

Das Bioöl und -gas kann in Kraftwerken verbrannt werden, um Strom und Wärme zu erzeugen. Damit auch hier kein Kohlendioxid freigesetzt wird, kommt die zweite Technik zum Einsatz, das Abscheiden und Verpressen. Abgeleitet von der englischen Bezeichnung Carbon Capture and Storage (zu Deutsch: Kohlenstoff einfangen und lagern) wird diese Technik auch CCS genannt. Nutzt man CCS in Verbindung mit Bioenergie, spricht man von BECCS.

Die CCS-Technologie ist in vielen Ländern Europas umstritten. Zum einen bestehen Bedenken, dass das Kohlendioxid irgendwann doch wieder freigesetzt wird. Zum anderen propagiert die Kohleindustrie CCS in der Hoffnung, an der Kohleverstromung festhalten zu können. Bislang wird CCS nur in Pilotanlagen eingesetzt. Der Weltklimarat und die Internationale Energieagentur drängen aber auf eine weitere Entwicklung der BECCS-Technologie. Grund dafür ist deren Potenzial: Eine Studie der US-Universität Stanford schätzt, dass mit BECCS der Atmosphäre Jahr für Jahr zehn Milliarden Tonnen Kohlendioxid entzogen werden könnten. Die Kosten liegen dabei zwischen 50 und 100 Euro pro Tonne.

Sowohl Kohledüngung als auch BECCS erfordern Biomasse und damit letztlich den Anbau von Energiepflanzen oder Bauplantagen. Wegen des damit verbundenen Land- und Wasserbedarfs stehen die beiden Technologien in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, was ihr Potenzial begrenzt. Negative Emissionen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts sind also kein Ersatz für eine schnelle Reduktion der heutigen Emissionen.



Alle Teile der Serie zum Klimagipfel in Paris finden Sie auch unter: <http://mehr.bz/klima15>

Deutsche Banken für Krisen gewappnet

Bundesbank und EZB sehen Institute gestärkt / Erhöhte Eigenkapitalquote, aber niedrige Erträge

Von Rolf Obertreis

FRANKFURT. Die deutschen Banken haben nach Angaben der Bundesbank ihre Widerstandskraft weiter gestärkt und sind für künftige Krisen besser gewappnet. Es drohten aus heutiger Sicht selbst bei einem scharfen Konjunkturreinbruch und einem Crash an den Finanzmärkten keine Schiefslagen, sagte Bundesbank-Vorstandsmitglied Andreas Dombret am Mittwoch bei der Vorstellung des neuen Finanzstabilitätsberichts. Die anhaltend niedrigen Zinsen könnten mittel- und langfristig aber zu einer „ernsten Gefahr“ werden, weil der Druck auf die Erträge immer größer werde. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) hält die Banken für gestärkt. „Insgesamt sehen wir ein niedriges Niveau systemischer Risiken“,

betonte Vizepräsident Vitor Constancio. Die EZB legte am Mittwoch ihren Finanzstabilitätsbericht für den Euroraum vor.

Risiken sieht die EZB dann aufkommen, wenn die Probleme in den Schwellenländern länger andauern und auch in den Industrieländern Wirkung zeigen. Auch höhere Zinsen in den USA könnten nach Ansicht der EZB unangenehme Folgen für Wirtschaft und Banken haben. Schattenbanken und damit rapide zunehmende Geschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors könnten zudem eine Gefahr für die Finanzstabilität werden. Generell aber beurteilen die Euro-Notenbanker die Lage der Geldhäuser deutlich gelassener als im vergangenen Jahr.

Ähnlich sieht das die Bundesbank. „Die Widerstandsfähigkeit der Institute hat in den vergangenen Jahren zugenommen“, sagt Dombret. „Sie haben das Ei-

genkapital weiter erhöht und den Verschuldungsgrad gesenkt.“ Das für die Abdeckung ihrer Risiken wichtige Kernkapital sei gemessen an dem Volumen der mit Risiken bemessenen Bestandteile – vor allem Kredite – von Mitte 2014 bis Mitte 2015 um 0,6 Punkte auf 15,6 Prozent gestiegen. 2008 vor der Finanzkrise habe die Quote nur bei 9,1 Prozent gelegen. Um die von den Aufsichtern geforderte Verschuldungsquote zu erreichen, müssten die acht deutschen Großbanken zusätzlich nur noch eine Milliarde an frischem Kapital aufnehmen. Ende 2013 waren es noch 18,5 Milliarden, betont der Bundesbanker. International hinterhinken die deutschen Banken bei der Ertragskraft. Die Gesamtkapital-Rendite der acht Großbanken liege nur bei 0,2 Prozent, die Eigenkapitalrendite bei im Schnitt weniger als fünf Prozent.

